

Rede von Magnus Stähler

Ja, Herr Dr. Mattner, meine Damen und Herren, herzlich willkommen zu einem Ausflug in die kommunalpolitische Wirklichkeit und Realität. Allerdings am Ausnahmefall Langenfeld ganz kurz beschrieben. Zwanzig Minuten Zeit habe ich hier zugebilligt bekommen. Ich werde versuchen schnell zu sprechen und die entsprechenden Charts auch möglichst schnell weiterzureichen. Es sind keine grundsätzlichen Geheimnisse die hier heute verbreitet werden, sondern viele

Stücke von Thurn und Taxis gelegen. Hier können Sie es mal etwas genießen. Zwischen Düsseldorf, Köln und Wuppertal gelegen, also ich denke Infrastruktur her sehr optimal positioniert. Wir nennen uns junge Stadt an Rhein. Das hat eben etwas damit zu tun, das wir gerade erst als Stadt fünfzig Jahre alt sind. Haben 59 000 Einwohner, 41 Quadratkilometer in der Fläche. Gute lokale Infrastruktur, durch alleine sechs Autobahnanschlüsse. Die Flughafen Düsseldorf und Köln liegen jeweils 30 Minuten entfernt. Wir sind durch den Verkehrsverbund Rhein/Ruhr sehr optimal im ÖPNV angebunden und wird sind ein sehr gefragter Industriedienstleistungsstandort und neuerdings eben auch ein Technologiestandort. Zur Zeit, meine Damen und Herren, läuft ein Lokaltransporter in der Stadt, wo ein neues großes Biotech Unternehmen unterschrieben wird. Das ist bei uns zu Hause sein wird. Die wesentlichen Haushaltsdaten 2002 sind hier dargestellt, unsere Hebesätze können Sie hier erkennen. Die Grundsteuer mit 330 %, die Gewerbesteuer mit 380 %. Ich weiß, da gibt es ganz anders, aber wir sind allerdings eher über die 400er Grenze positioniert. Der Verwaltungshaushalt mit 105,1 Millionen, der Vermögenshaushalt mit 23 Millionen und die Zuführung zum Vermögenshaushalt mit 3,6 Millionen Euro. Auch das ist ja längst nicht der Durchschnitt in der Republik. Und Sie sehen hier, meine Damen und Herren, eine neue Bilanz, die Verbindlichkeiten die wir als Stadt noch in der Summe haben zur Zeit 12 Millionen Euro, die Rücklagen 12,2 Millionen, für 2003 sind die Haushaltsdaten aus, dass wir unter 10 Millionen in den Verbindlichkeiten haben und Rücklagenverstärkung entsprechend vornehmen können. Was ist bei uns? Wie ist es dazu gekommen? Das möchte ich eben auch kurz darstellen. Seit 1997 haben sich eben die Schulden entsprechend verringert. Sie können das hier sehr schön erkennen. Von 12 Millionen, also eine Halbierung der Schulden konnte vorgenommen werden hier auch und das ist ja insbesondere für die, die sich im Thema der öffentlichen Finanzen ein bisschen auskennen, die Zuführung an den Vermögenshaushalt und das sogar noch so etwas wie eine freie Spitze. Auch das kennen viele, das ist schon sehr lange nicht mehr. Hier sind wir auch eine Ausnahme. Sie können sehr schön erkennen die Entwicklung des Schuldenstandes, der sich suggestiv zurückentwickelt und weit unter 1½ Millionen inzwischen gekommen ist und das ist die Zahl die eben angesprochen wurde, meine Damen und Herren, von 530 Euro pro Kopf

hen Sie schon einen Erfolgsfaktor, auf den ich gleich noch mal etwas mehr eingehen möchte. Die Gewerbesteuerentwicklung in unserer Stadt, nach einem Tief in 1994, ein Hoch in 2001 mit 30,4 Millionen, in diesem Jahr 28 Millionen, das hoffen wir auch weiter durchtragen zu können. Welche Erfolgsfaktoren sind es nun aus unserer Sicht, die dazu geführt haben, dass die kommunalfinanzpolitische Welt bei uns in Ordnung ist? Zum Einen natürlich die Wirtschaftsförderung und die langfristige Stadtentwicklung. Wir haben 1994 das Zielkonzept Langenfeld 2010 beschlossen und haben hier sehr, sehr weitsichtig, auch insbesondere das Wachstum der Bevölkerung und die Steuerungselemente dazu definieren können und haben gesagt, es dürfen nicht mehr als 500 Einwohner Wachstum pro Jahr entstehen, weil sonst die gesamte Infrastruktur nicht mehr hinterherkommen wird. Das hat ausgesprochen gut funktioniert und hält natürlich auch die Bilanz im Haushalt einigermaßen im Griff.

Wir betreiben eine aktive Grundstückspolitik. Das heißt, wir betreiben auch über die Stadtentwicklungsgesellschaft eine Bodenbevorratungspolitik, die es uns immer wieder erlaubt neue Unternehmen anzusprechen, dass sie sich bei uns ansiedeln können. Das Ergebnis können Sie hier sehen. Wir setzen absolut auf den Mittelstand. Wir waren ein großer Stahlstandort von Mannesmann mit ungefähr 3000 Mitarbeitern und waren in der Vergangenheit ein großer und sehr bedeutender Textilstandort in unserer Region. Die Arbeitsplätze befinden sich inzwischen in Japan oder in Südkorea, aber nicht mehr bei uns. Wir haben als Stadt die entsprechenden Flächen aufgekauft und über unsere Stadtentwicklungsgesellschaft an mittelständische Unternehmen weiter veräußert. Mit dem Ergebnis, dass wir inzwischen mehr als 1500 Unternehmen in der Stadt haben und Einpendlerstadt geworden sind und Sie können abschätzen, was das bedeutet in einem solchen Ballungszentrum als Mittelstadt, Einpendlerstadt zu sein. Sie sehen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, knapp 6% Arbeitslose haben wir bedauerlicherweise immer noch. Wir arbeiten daran, dass diese Zahl nach unten gedrückt wird. Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Personen 67, meine Damen und Herren, das ist in der Tat nicht viel. Sie werden im weiteren Verlauf sehen, warum auch das so sich entwickelt hat.

Der Erfolgsfaktor Zwei ist ganz simpel. Eine Zukunftsorientierte und solide Finanzpolitik haben wir uns von Anfang an vorgenommen, und der Grundsatz gilt einfach: Man kann nur das Geld ausgeben, was man auch einnimmt, alles andere belastet künftige Generationen und führt in die Schuldenfalle. Darin wollten wir nicht landen. Keine Nettoneuverschuldung seit Jahren und ich lasse jedes Mal vor den Haushaltsberatungen den Rat, auch durch Beschluss, eine entsprechenden Eigenbindung formulieren, um sie ja nicht zu verführen Schulden machen zu wollen. Auch das klappt in der Regel einstimmig in unserem Stadtrat. Keine langfristigen Darlehen, um keine Verschiebung von Lasten in die nähere, in die weitere Zukunft zuzulassen und künftige Generationen mit den Fehlern der heutigen Zeit zu belasten. Auch das funktioniert ausgesprochen gut. Wir finanzieren uns interessanterweise durch Bausparverträge, haben in den letzten fünf Jahren nicht einen einzigen Kredit aufnehmen müssen. Keine Nachtragshaushalte, egal wie schief auch die Lage in der Kameralistik sich darstellt. Das führt nur zu neuen Begehrlichkeiten, die wir gar nicht erst in der Politik erwarten lassen wollen. Führt natürlich auch zu entsprechenden Diskussionen, aber die kann man ertragen und aushalten. Und wir versuchen eben durch Folgekosten gerade von Neubauvorhaben entsprechende Transparenz darzustellen und sorgen dafür, dass Politiker sehr sorgfältig mit neuen Vorhaben umgehen.

Der Erfolgsfaktor Drei, ich habe ihn mal definiert als die Einnahmeseite zu stärken. Wir versuchen es eben durch eine aktive Gewerbepolitik herbeizuführen mit der Folge natürlich auch, dass die Lasten im Bereich der Sozialhilfe entsprechend absinken, beziehungsweise immer wieder geringer werden. Wir haben eine strikte Kostenrechnung im Haus eingeführt und komplette Budgetierung. Dadurch haben wir es auch geschafft, dass Kostendeckungsgrade sich erhöhen. Die Volkshochschule arbeitet bei uns mit Gewinn, meine Damen und Herren. Auch das ist ein eher seltenes Phänomen. Wir arbeiten sehr gerne mit Sponsoren. Weil wir sagen: Eine Stadt lebt nicht aus sich allein heraus. Es sind viele verantwortlich für das Fortkommen der Stadt und wir werben immer wieder neue Sponsoren ein, eben bei der Anzahl der vielen Unternehmen die wir haben, 1500 Unternehmen, da kann jeder seinen Beitrag leisten und es leisten viele ihren Beitrag, noch längst nicht alle, da gibt es noch Potenziale, die wir erschließen wollen. Und Sie kennen ja auch das Zauberwort von dem public-private-partnership. Wir haben das auch. Im übrigen heißt das normalerweise ja: Einer hat eine Idee und die Stadt bezahlt. Und da haben wir uns strikt gegen gewandt, sondern bei uns heißt die Regel: Fünfzig Prozent Regel. Wenn die fünfzig Prozent Partnership da sind, sind wir bereit die 100% aufzufüllen durch unseren fünfzigprozentigen Beitrag. Auch das funktioniert ausgesprochen erfolgreich. Wozu führt das? Das sehen Sie jetzt hier, an diesem Beitrag. Für 2003 werden wir die Müllabfuhrgebühren um 8% senken können, die Abwassergebühren um 5%, es wird keine Kostensteigerung bei der Straßenreinigung geben. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt: Warum sind wir als öffentlicher Dienst eigentlich schlechter als private Anbieter? Das kann gar nicht sein. Wir haben keine Mehrwertsteuer zu leisten, wir brauchen keine Gewinne zu erwirtschaften. Und diesen Unterschiedsbetrag, den haben wir auf jeden Fall als Vorteil und den können wir durch eine entsprechende Organisation auch weiter optimieren. Das tun wir von Jahr zu Jahr und Sie sehen den Erfolg für das nächste Jahr. Die Prognose geht dahin, dass wir für 2004 und 2005 die Müllabfuhrgebühren auch umstrukturieren in der Organisation und um weitere 10% absenken werden. Das soll Herr Redt mir erst einmal vormachen. Die durchschnittliche Belastung eines Vier-Personenhaushaltes, meine Damen und Herren, mit Grundbesitzabgaben die sich im weiteren daraus ergibt, können Sie hier erkennen. Und Sie sehen wie sich die Zeitschiene und die entsprechende Zahlungsschiene entwickelt hat. Ich glaube, da kann man ziemlich stolz darauf sein, dass wir inzwischen wieder bei einem Kostenstand von dem Jahre 1996/97 angekommen sind. Auch das dürfte nicht der Regelfall in der Republik sein.

Der Erfolgsfaktor vier, ganz wichtig. Ausgaben einschränken, meine Damen und Herren. Und da stehen wir auf dem Standpunkt, dass Personalkosten die entscheidenden Stellschrauben sind. Ich glaube weiterhin, dass wir viel zu viel Personal im öffentlichen Dienst beschäftigen und das hier an dieser Stellschraube, auch mitunter schmerzhaft, aber weiter gedreht werden kann. Das tun wir auch. Wir haben wenig Personal, aber dafür gut bezahlt. Auch hier höre ich ja immer wieder, insbesondere von Seiten der Personalvertretung, das ginge nicht und auch von den Seiten der Kommunalaufsicht, das entsprechende tarifvertragliche, beamtenrechtliche Bindungen bestünden, die so zementiert seien, dass es da gar keine Ermessungsspielräume gibt, meine Damen und Herren. Ich bin davon überzeugt, es gibt sie und wir nutzen sie auch, sonst schaffen wir sie uns, um hier entsprechende Besserbezahlung zu ermöglichen. Kurzer Vergleich. Die Wohnungen im Kreis Mettmann an, einst einem der reichsten Kreise der Republik. Gut 500 000 Einwohner, zehn sehr starke Städte. Sie sehen hier, wir haben mal den Personalkostenvergleich gemacht im Hinblick auf die Zentralverwaltung und ich glaube der Unterschiedsbetrag kann sich sehen las-

sen. Jede nicht eingerechnete Planstelle ist für uns bares Geld, das sehen wir so und daran arbeiten wir. Und hier sehen Sie einmal die Stellenentwicklung der letzten Jahre in einer Stadt eben mit 59 000 Einwohnern. Wir stagnieren zur Zeit bei ungefähr 570 Planstellen. Die Personalkosten steigen natürlich aufgrund der tarifvertraglichen Bestimmungen. Die Schraube kann man kaum verändern oder nur wenig verändern. Das Besondere an dieser Übersicht, meine Damen und Herren, ist aber das, dass wir in der Zwischenzeit ja erheblich neues Personal einstellen mussten für den Bereich der Kindergärten, Arbeitsschutz, Sozialhilfe, Feuerwehr und, und, und. Die befinden sich aber alle in den 570. Sie sehen, es gibt Handlungsspielräume, Arbeitsverdichtungsmöglichkeiten, auch im Personalkörper. Hier können wir dann noch einmal die Entwicklung im Einzelnen beobachten. 570 Stellen haben wir zur Zeit in unserem Stellenplan vorzuhalten. Ganz wichtig: Die Personalmotivation, das geht natürlich nur, eine solche Arbeitsverdichtung, durch eine hohe Motivation der Kollegenschaft. Und deshalb habe ich das auch vorne angestellt, dass die Humanressourcen tatsächlich die entscheidende Größenordnung für den Erfolg ist, denn wenn die Mitarbeiter nicht mitmachen, nicht mitspielen, nicht bereit sind zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, dann funktioniert das Ganze nicht. Wir beteiligen unsere Leistungsträger öffentlich am Erfolg. Sie sehen hier zum Beispiel auch bei der Jugendhilfe eine Differenz von durchschnittlich 249 Euro im Kreis Mettmann, bis zu 109 Euro in Langenfeld. Das wiederum bedeutet, dass Fachlichkeit zwar wichtig und notwendig ist, aber eben nicht in preußischer 200%er Manier, sondern auch die Wirtschaftlichkeit im Auge zu behalten ist. Und gerade im Bereich der Jugendhilfe können Sie verdammt viel Geld ausgeben, wo Sie nachher nicht mehr wissen, wo das Geld eigentlich landet. Sie erinnern sich an die 10 000 Euro Segelausflüge auf die Falklandinseln und die Zeltlager auf Gran Canaria und was es alles für schöne Sachen da gibt. Das findet bei uns nicht statt. Belohnungsanreize durch Erfolgsbeteiligung bei positivem, managementbedingtem Verhalten heißt auch, dass wir eine Dritte Lösung gefunden haben. Wenn die Kollegen Fachbereichsleiter, Referatsleiter es schaffen, Geld über das Budget hinaus zu erwirtschaften. Werden sie direkt am Erfolg beteiligt in Form einer Drittellösung. Das motiviert die Damen und Herren, wie Sie sich vorstellen können, ganz enorm. Ich sagte eben schon, es kann nicht alles nur eine kommunale Aufgabe sein, sondern die Bürgerschaft selbst hat sich zu beteiligen, hat sich aktiv einzubringen in eine solche Stadt. Ehrenamt ist Pflichtaufgabe. Und wir haben in unserer Stadt viele, viele tausend Menschen, die bereit sind mitzuarbeiten, mitzumachen, am Ziel eines erfolgreichen Langenfelds mitzuwirken. Und das tun sie auch. Wir unterstützen die Vereine, zum Beispiel im Bereich Sport und Kultur und sie unterstützen uns. Kulturelles Forum ist bei uns eine Kultureinrichtung, Bürgerbegegnungsstätte. Wir haben nicht eine einzige Planstelle dafür, das machen alles ehrenamtliche Leute, hochqualifizierte ehrenamtliche Leute. Von Museumspädagogen, bis Archivaren und, und, und. Es klappt ganz hervorragend bei entsprechender Ansprache. Die Bewirtschaftung von Sportanlagen, wir haben das heraus gegeben an die Sportvereine, meine Damen und Herren, auch das eine Frage der Motivation. Denn Sportvereine, die sich mit ihrer eigenen Anlage identifizieren können, arbeiten auch für eine solche Anlage und halten nicht nur die Hand auf beim städtischen Sportamt oder Referat und sagen: „Nun macht mal schön“, sondern wir sind den anderen Weg gegangen. Sie bekommen von uns einen pauschalierten Betrag und machen selber. Auch das funktioniert sehr gut, insbesondere im Wettbewerb: Wer hat die beste Anlage. Zum 01.01.2003 werden wir unser Stadtbad an einen Sportverein übertragen. Das schafft insbesondere, ?, im Bereich der Personalbewirtschaftung. Wer die entsprechenden Tarifverträge von Ihnen kennt, meine Damen und Herren, und weiß was man da alles bezahlen, machen, tun muss, wird sehen, dass man hier eben einen solchen Sport-

verein wesentlich flexibler handhaben kann. Herr Dr. Mattner, sie sprachen eben das Thema an: Funbad, Spaßbad. Man kann Spaß im Bad haben, aber eine Kommune unserer Größenordnung muss kein Spaßbad haben. Und so agieren wir da auch. Überflüssig, das können Private viel besser als wir das je können. Im Bereich der Feuerwehr ist es auch selbstverständlich, dass hier ehrenamtliche Arbeit geleistet wird.

Am Aufwand arbeiten, meine Damen und Herren, auch eine ganz wichtige Sache. Wir haben eine Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit. Das ist jetzt der Rückschluss dessen, was ich vorhin sagte, mit der praktisch nicht mehr vorhandenen Jugendarbeitslosigkeit. Wir fangen jeden auf, der durch das Schulraster fällt und der wird bei uns einer besonderen Behandlung unterzogen. Und bevor er in die Sozialhilfe abrutscht, wird er bei uns noch einmal gecoacht auf das Thema Lebenstüchtigkeit. Und das funktioniert ausgesprochen gut. Sie haben es noch im Kopf vielleicht. Wir haben noch 67 unter 25 Jahren die keinen Job haben. Beziehungsweise, das sind die Damen und Herren, die dann eben an der Nadel hängen. Da kann ich dann auch nicht mehr viel machen.

Lebensorientierung anstatt Aktenverwaltung, das spielt sich im Bereich der Sozialhilfe ab. Wir haben uns verabschiedet von der klassischen Sozialhilfeverwaltung und sind eben dabei Hilfestellung, Lebenshilfestellung zu geben mit all den Unterpunkten, die Sie hier erkennen können. Ich will jetzt hier nicht zu sehr ins Detail gehen. Ich sehe nämlich hier meine Zeit, die läuft wie verrückt. Am Aufwand arbeiten bedeutet auch, insbesondere im Bereich des Gebäudemanagements, dazu werden wir ja nachher noch etwas hören können. Wir stellen uns dem direkten Wettbewerb zu Facilityanbietern. Wir haben sämtliche gebäudebewirtschaftenden und unterhaltenden Einrichtungen zusammengefasst. Diese Zusammenfassung, diese im Prinzip simple organisatorische Veränderung, meine Damen und Herren, die allerdings in der Praxis sehr schwierig umzusetzen ist, ich denke da an die Diskussion mit der Personalvertretung insbesondere, bringt zum einen diese Einsparpotenziale, wie bei unserer Größenordnung. Das kann sich auch schon sehen lassen, wie ich glaube. Sie bringt aber auch im Bereich der Gebäudeunterhaltung die Tatsache, dass wir bewusst auf Outsourcing verzichtet haben, sondern wir bieten uns im Gegenteil an, für andere Kommunen Dienstleister zu sein. Das bringt Geld in die Kasse und stärkt den Ruf unserer Stadt. Früher gab es ja, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, eine besondere Spezies von Mitarbeitern. Hausmeister heißen diese Damen und Herren, Sie alle kennen sie. Die verdienen in der Regel mehr als der Stadtdirektor, Oberstadtdirektor und Oberbürgermeister durch die Fülle der Wochenenddienste, Überstunden und Benefize die sie von rechts und links zugewiesen bekommen. Dem haben wir einen Riegel vorgeschoben. Der Personalkörper hat sich von 43 auf 20 verringert, bei ungefähr 200 Gebäuden die wir zu verwalten haben und das führt dazu, dass wir einen zusammengefassten Hausmeisterpool haben, der als Handwerkerdienstleister funktioniert. Wir nutzen eben nicht mehr teure Dienstleistungen des örtlichen Handwerks, sondern machen das selber und unsere Leute verdienen ihr Gehalt selber dadurch. Auch das spart sehr viel Geld. Meine Damen und Herren, die Gefahrenpotenziale für eine gesunde, kommunale, haushaltswirtschaftliche, ich darf mal ganz kurz skizzieren, die Steuerreform zu Lasten der Gemeinden, ist eine Katastrophe. Das will ich hier ganz deutlich sagen. Und sie wird auch gesunde Kommunen, wie wir sie noch zur Zeit darstellen, wie eine überreife Zitrone ausquetschen. Die Gewerbesteuerumlage kostet uns alleine 1,9 Millionen Euro, die

durften wir es ja nachlesen, dass es wieder ein bisschen teuer werden darf, kostet bei uns alleine 500 000 Euro. Der Kämmerer weiß nicht so ganz genau, wo er es hernehmen soll. Die Überfrachtung der Kommunen mit zuviel Staatsbürokratie führt meines Erachtens nach, über kurz oder lang zum Absterben der kommunalen Selbstverwaltung. Wenn Sie heute sehen, wie gering die Handlungsspielräume überhaupt noch sind und wenn Sie sehen, gerade in Nordrhein-Westfalen, wie die ja überbürokratisiert durch den Staat sind, das ist unbegreiflich. Und wenn Sie sehen dass wir uns neben der Bezirksregierung auch noch den Landschaftsverband leisten und zig Landesoberbehörden und was weiß ich nicht alles, dann können Sie ungefähr sich vorstellen, was von der kommunalen Selbstverwaltung noch übrig bleibt.

Der Arbeitsmarkt mit den entsprechenden Auswirkungen, dass brauche ich hier vielleicht nicht mehr so deutlich zu positionieren. Wir haben es vielleicht nur im Stichwort gesehen, diese Zusammenfassung von Arbeitslosenverwaltung und Sozialverwaltung, meine Damen und Herren wird ein weiterer Baustein zum Tod unserer Kommunen sein. Der Eichel hat jetzt schon eingesetzt eine 4 Milliarden umfassende, globale Minjaausgabe in seinen Haushalt. Raten Sie mal, wer das bezahlt, meine Damen und Herren. Das werden wir als Kommunen sein. Die permanente Aufgabenübertragung, ohne Refinanzierung durch Land und Bund, alleine bei uns 10,6 Millionen Euro in diesem Jahr ? den anstehenden Veränderungen, wie Grundsicherungsgesetz, gesetzliche Bestimmungen zur Rehabilitation, Zuwanderungsgesetz mit all den finanziellen Folgelasten führt dazu, neben diesen Kleinigkeiten, die hier auch noch aufgeführt sind. Der Katalog ist endlos, meine Damen und Herren. Das landet aber alles in der kommunalen Kasse. Und nicht nur in der Kasse, sondern dafür braucht man auch Menschen, die diese Dinge bearbeiten und auch entsprechend auf den Weg geben und wird dazu führen, dass die Handlungsspielräume noch enger werden. Ich möchte auch von der Pensionszeitbombe unter demographischen Situationen sprechen, meine Damen und Herren. Ich plädiere ausdrücklich für die Abschaffung des Berufsbeamtentums. Das können wir uns überhaupt nicht mehr leisten, was hier stattfindet, meine Damen und Herren. Diese Pensionszeitbombe tickt unaufhörlich und sie tickt immer schneller. Wir haben heute 850 000 Pensionäre in der Republik, in zehn Jahren 1,3 Millionen. Ich frage Sie: „Wer soll das bezahlen?“ Die demographische Entwicklung führt dazu, dass wir eine absolute Überalterung unserer Gesellschaft zu erwarten haben. Das kann keiner mehr bezahlen, das wird alle sozialen Sicherungssysteme sprengen. Ja man hilft nicht, auch diese Erkenntnis durften wir inzwischen gewinnen. Wir haben gerade im Kreis Mettmann, es sind ja einige Kollegen hier uns mit dem Verband, Städte- und Gemeindebund angelegt, weil wir eben der Meinung sind, dass hier nicht genug Druck gemacht wird von kommunaler Seite in Richtung Ländern und Bund. Ein Stinent des Komizitätsbundsprinzips, das heißt: Wer bestellt bezahlt! Wenn das nicht durchgehalten wird, meine Damen und Herren gehen bei uns die Straßenlaternen früher oder später aus. Ein Sofortprogramm zur Stabilisierung der kommunalen Einnahmen, meine Damen und Herren, oft versprochen, die letzte und jetzige Bundesregierung hat es ja 1998 schon versprochen, die Kommission ist immerhin eingesetzt. Der Erfolg, meine Damen und Herren, den können Sie daran messen, dass der Innenminister Schily beim deutschen Gemeindekongress im Sommer diesen Jahres in Berlin uns begrüßt hat mit den Worten: „Ich freue mich, das ich bei den reichen Brüdern und Schwestern hier zu Gast sein darf“. Meine Damen und Herren, daran können Sie ermessen, was wir da zu erwarten haben.

Abschied von der Vollkasko-Mentalität in der Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass Kommune und Staat für jedes und alles Problem, was die Bevölkerung hat, zuständig ist und vor allen Dingen auch noch verantwortlich gemacht wird. Das wird daneben gehen und wenn wir nicht zu ganz massiven Einschnitten kommen in der Leistungsfähigkeit, meine Damen und Herren, schlägt das gesamte System uns früher oder später um die Ohren. Das sind noch die einzigen Ergänzungen dazu.

Was ist zu tun? Die Mischfinanzierung ist dringend abzuschaffen und das würde jetzt zu weit führen, wenn ich das hier noch näher erläutern sollte. Aber es gibt ja Mischfinanzierungen von Bund, Land und Kommunen, keine Verantwortlichkeiten sind klar abzugrenzen, im Zweifel ist es die Kommune, die es zu bezahlen hat. Zuwanderung begrenzen, auch das habe ich ausdrücklich aufgenommen, meine Damen und Herren. Von den 200 000 Damen und Herren, die wir zusätzlich zu erwarten haben, landen 180 000 auf der Payroll der Sozialämter, da können Sie von ausgehen und das bezahlen wir vor Ort. Betonung der kommunalen Selbstverwaltung "das Volk sind wir". Und ich glaube, das muss man der Bevölkerung immer deutlicher machen. Zu sagen: „So geht es nicht weiter, wie das bisher läuft“. Wir als kommunale Welt müssen uns wesentlich stärker positionieren, sonst gehen die Lichter aus und mein Bergischer Löwe hat nix mehr zu lachen. Herzlichen Dank.